



Antragsteller: Juso Bezirksvorstand
Adressat: Juso Bezirkskonferenz Niederbayern
Verantwortlich: Martin Oswald

Diskussionspapier zur Hochschulpolitik

Gegen die Ökonomisierung der Hochschule – Für eine soziale und demokratische Hochschule

1 Einleitende Betrachtung

2

3 Am 26.01.2005 erklärte das Bundesverfassungsgericht die im Hochschulrahmengesetz (§ 27 Abs. 4)
4 verankerte Studiengebührenfreiheit in Deutschland für nichtig. Diese folgenschwere Entscheidung
5 zog eine bis heute andauernde Diskussionen über Sinn und Unsinn von Studiengebühren nach sich.
6 Grund genug sich eingehend mit den politischen und ökonomischen Hintergründen und ihren Aus-
7 wirkungen zu befassen.

8 Denn die auf diese juristische Entscheidung folgende Einführung von Studiengebühren in 7 Bundes-
9 ländern ist schwerlich als politischer Wille zur Verbesserung der Lehre zu verstehen. Vielmehr ist sie
10 Teil einer seit Jahrzehnten stattfindenden ökonomischen und sozialen Umstrukturierung der Gesell-
11 schaft.

12 Die Erhebung von Studiengebühren ist letztlich ein Resultat der Auffassung, wonach die Hochschule
13 ähnlich einem Unternehmen ein Ort sein soll, an dem Studierende als KundInnen Bildung nachfragen.
14 Wie aber kommt es, dass der gesellschaftliche Anspruch nach einer möglichst vielen Menschen zu-
15 gänglichen, breiten und qualitativ hochwertigen Bildung zugunsten einer betriebswirtschaftlichen
16 und elitären Ausrichtung des Studiums geopfert wird?

17 Gern verwendete Schlagwörter sind hierbei: Wettbewerb, Deregulierung, Privatisierung, Exzellenz,
18 Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft. Genau daran orientiert sich das Leitbild der „unter-
19 nehmerischen Hochschule“. Denn gerade in der Diskussion um Studiengebühren sind die Argumente
20 der StudiengebührenbefürworterInnen ohne diese Begriffe nicht denkbar.



1 Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist nicht zuletzt die seit den achtziger Jahren zunehmend
2 hegemoniale Stellung des Neoliberalismus im wirtschafts- und sozialpolitischem Denken und Han-
3 deln. Angestoßen durch den „Thatcherism“ in Großbritannien und die „Reagenomics“ in den USA,
4 wurde auch in der Bundesrepublik der Ruf nach einem deregulierenden, schlanken Staat zum Mant-
5 ra. Durch geschickte jahrelange Lobbyarbeit ist diese Ideologie mittlerweile allgegenwärtig – auch in
6 der Hochschule.

7 Im deutschen Hochschulwesen fungieren hierbei die Bertelsmann Stiftung und das Centrum für
8 Hochschulentwicklung (CHE) als bestimmende Meinungsmacher, die ähnlich der Initiative Neue So-
9 ziale Marktwirtschaft (INSM) mit großem finanziellen Aufwand die öffentliche und politische Mei-
10 nung beeinflussen.

11 Das CHE, das zur Hälfte von der Bertelsmann Stiftung getragen wird, verfolgt das Ziel entfesselter
12 Hochschulen, die „autonom, wissenschaftlich und profiliert, wettbewerbsfähig und wirtschaftlich,
13 international und aufgeschlossen gegenüber neuen Medien“¹ sind und für die Studiengebühren „eine
14 große Chancen bergen“, weil sie genutzt werden können „um die Unterfinanzierung der Hochschule
15 zu mindern, die Qualität der Lehre zu steigern, das Angebot an Studienplätzen auszubauen und den
16 Wettbewerb um zahlende Nachfrager zu steigern“².

17 Mittels diverser Rankings, Studien und Publikationen dominiert das CHE die hochschulpolitische De-
18 batte. Beispielhaft dafür sind die Bedeutung, die dem CHE-Ranking in der Öffentlichkeit beigemessen
19 wird und das im Jahre 2006 verabschiedete Hochschulfreiheitsgesetz in NRW³, das eindeutig – und
20 das wird auch nicht bestritten – die Handschrift des CHE trägt. In der Öffentlichkeit werden das CHE
21 und die Bertelsmann-Stiftung vielfach als gemeinnützige und unabhängige Hochschulberater und
22 Ideengeber wahrgenommen. Dies allerdings ist ein trügerisches Bild. Vielmehr sind sie PR-Agenturen
23 und Think Tanks neoliberaler Politik, deren Veröffentlichungen und Empfehlungen mit größter Skep-
24 sis zu betrachten sind.

¹ siehe dazu <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-D420FAFB-20E27C60/bst/hs.xsl/1595.htm>

² siehe dazu <http://www.che-concept.de/cms/?getObject=500&getLang=de>

³ siehe dazu http://www.innovation.nrw.de/objekt-pool/download_dateien/hochschulen_und_forschung/HFG.pdf



1 Was der Hochschulexperte Wolfgang Lieb als „Paradigmenwechsel vom humboldtschen Universitäts-
2 ideal zur ‚unternehmerischen Hochschule‘“⁴ bezeichnet, ist im Wesentlichen die sukzessive Einkehr
3 der ordoliberalen Marktlogik in das Hochschulwesen. Zum großen Teil ist diese Entwicklung auf die
4 permanente Einflussnahme genannter Lobbygruppen und der ihr zu Grunde liegenden Ideologie vom
5 ungezügelter Markt und der Bedienung partikularer Kapitalinteressen zurückzuführen. Die Auswir-
6 kungen dieser drastischen Veränderungen im Hochschulwesen sollen im weiteren Text dargestellt
7 werden.

8 Die Bertelsmann Stiftung und ihre politischen FreundInnen wollen das öffentliche Gut Bildung priva-
9 tisieren. Wenn Studierende wie KundInnen behandelt werden und Wissen wie Ware nachgefragt
10 wird, geht das Ideal einer allgemein zugänglichen Bildung gänzlich verloren. Durch die Überweisung
11 von Geld als Voraussetzung für die Immatrikulation, entsteht nicht nur eine Art Handelsverhältnis
12 zwischen Hochschule und Studierenden, sondern – was noch gravierender ist – der finanzielle Hin-
13 tergrund wird zum entscheidenden Kriterium für den Zugang zu Bildung. Menschen aus einkom-
14 mentschwachen Verhältnissen werden zusätzlich belastet und von Bildung ausgeschlossen.

15 Die selbsternannte „Reformwerkstatt“ CHE drängt mithilfe von Studien und Rankings die Bundeslän-
16 der und Hochschulen geradezu sich nach Effizienzkriterien zu orientieren, wobei ihr viele (seriöse)
17 Medien tatkräftige Unterstützung leisten. Wenn nicht mehr entscheidend ist, dass möglichst viele
18 Menschen kostenlosen Zugang zu qualitativer Bildung erhalten, sondern dass Bildungseinrichtungen
19 effizient mit ihren Ressourcen umgehen und die Ware Bildung im freien Wettbewerb anbieten, kann
20 in der Tat von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden.

21 Dass ein freier Wettbewerb im Bildungsbereich nicht nur deplaziert, sondern ohnehin zum Scheitern
22 verurteilt ist, beweist nicht zuletzt die 2005 von Bund und Ländern gestartete Exzellenzinitiative, die
23 strukturell bereits privilegierte Hochschulen finanziell noch stärker ausstattet und damit u.a. kleine-
24 ren Volluniversitäten einen enormen „Wettbewerbsnachteil“ beschert. Letztere sehen sich mit einer
25 Situation konfrontiert, die sie zwingt ihre Forschung und Lehrangebote durch schärfere Profilbildung
26 dem Wettbewerbsdruck anzupassen. Dies bedeutet, dass vielerorts Lehrstühle abgeschafft, Fakultä-

⁴ siehe dazu <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3726#more-3726>



1 ten geschlossen und einzelne Fachkombinationen dominant werden. Der Anspruch einer universell
2 bildenden Hochschule verkümmert damit zur Farce.

3 Sofern nicht in absehbarer Zeit ein Umdenken in der hochschulpolitischen Debatte zugunsten einer
4 demokratischen und sozialen Hochschule stattfindet, sind noch gravierendere soziale und strukturel-
5 le Verwerfungen in der „Bildungsrepublik“ Deutschland nicht nur zu befürchten, sondern nur allzu
6 wahrscheinlich.

7

8 **Forderungen**

9 Damit nicht mehr Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen und bildungsfernen Schichten die
10 Leidtragenden neoliberaler Interessenspolitik sind und die dahingehenden Fehlentwicklungen im
11 deutschen Hochschulwesen beseitigt werden können, fordern wir:

12

13 **1) Die sofortige Abschaffung der Studiengebühren**

14 Diese belasten viele Studierende zusätzlich und halten potentielle Studierende vom Studium ab.
15 Insbesondere betroffen sind Jugendliche und junge Erwachsene aus finanziell schwachen Haus-
16 halten. Studiengebühren wirken sozial selektiv und widersprechen in gravierender Weise dem
17 jungsozialistischen Grundsatz: kostenlose Bildung für alle!

18

19 **2) Abschaffung des Bachelor/Master-Systems in der derzeitigen Form**

20 Der vor 10 Jahren initiierte Bologna-Prozess ist eine gewollte Entfernung vom Ideal nach eines
21 selbstbestimmten Studium und einer freien Lehre. Verschulung und Verbetriebswirtschaftlichung
22 des Studiums sind die Folge.

23 Studierende müssen mehr Freiheit im Studium genießen. Daher ist die Anwesenheitspflicht ab-
24 zuschaffen und die Regelstudienzeit des ersten Studienabschlusses um mindestens 2 Semester
25 auszuweiten.



1

2 **3) Demokratisierung der Hochschulen**

3 Die Struktur der Hochschulen ist hierarchisch und undemokratisch. Studierende werden an Ent-
4 scheidungen über Lehre und Forschung nicht beteiligt. Wir fordern daher die Abschaffung des
5 Hochschulrats, die Einführung der Verfassten Studierendenschaft in Bayern und die viertelparitä-
6 tische Besetzung aller Hochschulgremien (ProfessorInnen, akademische MitarbeiterInnen, Stu-
7 dierende und nichtakademische Angestellte).

8

9 **4) Ein existenzsicherndes, elternunabhängiges BAföG für alle Studierenden**

10 Um eine adäquate Finanzierung der Studiums zu gewährleisten, ist die Einführung eines eltern-
11 unabhängigen BAföG unabdingbar.

12

13 **5) Stärkere Finanzierungsbeteiligung des Staates**

14 Sowohl die Bundesrepublik als auch der Freistaat Bayern müssen sich ausreichend an der Finan-
15 zierung von Bildung beteiligen. Die Beteiligung privater Investoren an Hochschulen ist zu unter-
16 binden und durch staatliche Mittel zu ersetzen. Nur so kann die Unabhängigkeit von Forschung
17 und Lehre gewährleistet werden.

18

19 Die Umsetzung dieser Forderungen ist für uns wesentlich für eine Revision der Ökonomisierung des
20 deutschen Bildungssystems im Allgemeinen und der Hochschulen in Besonderen. Betriebswirtschaft-
21 liches Denken hat in der Organisation einer für alle zugänglichen Bildung nichts verloren.

22 Vielmehr ist das öffentliche Gut Bildung solidarisch und sozial gerecht auszugestalten. Um eine hin-
23 reichende staatliche Finanzierung des Bildungssystems zu garantieren, fordern wir in diesem Zu-
24 sammenhang u.a.:



- 1 • Die Einführung einer verfassungskonformen Vermögenssteuer
- 2 • Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- 3 • Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 53% (geltender Steuersatz bis 1998)
- 4 • Die Anhebung der Körperschaftssteuer auf 25% (geltender Steuersatz bis 2008)